Mittwoch, 10. März 1926 · 74. Jahrgang Nr. 116

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 80 Pfennig im voraus zahlbar, durch die Post 2,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 1spaltige Zeile 80 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46—48. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3455; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Conto. — Postscheckkonto Nr. 294, Rudolf Mosse, Berlin NW 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67—68, Wiener Strasse 1—6, Frankfurter Alles 296, Frankfurter Alles 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 126, Kochhannstr. 8, Schönhauser Alles 144, Schillhannerdamm 4, Rheinsberger Str. 74.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"
BERLIN SEHR UNSICHER

Fernstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 46, Rathenower Str. 5, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 55, Leipziger Str. 106, Zimmerstr. 50, Blücherstr. 69, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 3, Kantstr. 54, Scharrenstr. 30, Nürnberger Str. 35-36, Kaiserdamm 20, Friedenau: Rheinstr. 13, Halensee-Grunewald: Henriettenplatz, Lichtenberg: Frankfurter Alles 241, Lichterfelde-West: Curtiustr. 1-2, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 98-94, Kaiser-Friedrich-Str. 247-48, Pankow: Borkholmer Str. 11, Schmargendorf: Breite Str. 3, Schöneberg: Hauptstr. 28-34, Martin-Luther-Str. 92, Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12, Tempelhof: Berliner Str. 147, Treptow: Grüllestr. 7; Weissensee: Streustr. 126, Wilmersdorf: Rhiandstr. 88, Kaiserplatz 13, Brandenburg: Hauptstr. 4, Breslau: Schweidnitzer Str. 21-22, Köpenick: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburgerstr. 23, Spandau: Breite Str. 47, Stettin: Mönchenstr. 31

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Der tote Punkt überwunden

Besuch Chamberlains bei den Deutschen — Die Locarno-Mächte setzen die Ratssitzbesprechungen fort — Deutschlands Aufnahme am Freitag?

E. F. Genf, 9. März.

Heute nachmittag um 5,30 Uhr hat Sir Austen Chamberlain die deutschen Delegierten, Reichskanzler Dr. Luther und Dr. Stresemann, im Hotel Métropole besucht. Die freundschaftliche Aussprache dauerte bis 7 Uhr abends. Im Anschluß daran stattete der Außenminister Dr. Stresemann den französischen Delegierten, Paul-Boncour und Loucheur, im Hotel de Bergues einen Besuch ab, der bis 8¼ Uhr abends dauerte. Die Unterhaltung drehte sich in beiden Fällen selbstverständlich um die Frage, wann, in welcher Form und zwischen welchen Partnern das Gespräch fortzusetzen sei, das am letzten Sonntag im Hotel Beau Rivage geführt worden ist. Man verständigte sich dahin, daß die Unterhaltung nicht die sämtlichen Mitglieder des Rates einbeziehen, sondern sich, wie am letzten Sonntag, auf die Vertreter der Signatarmächte des Rheinlandpaktes beschränken solle. An den Unterredungen, die auf morgen vormittag festgesetzt sind, werden also außer Dr. Luther und Dr. Stresemann teilnehmen: Chamberlain, Paul-Boncour, Scialoja, Vandervelde.

Mit diesem Ergebnis der heutigen Besprechungen ist wenigstens die Stockung beseitigt, die in den letzten Tagen eingetreten war. Man darf sagen, daß auf beiden Seiten der feste Willen zu einer Verständigung besteht, daß man einen Weg zur Ueberwindung der vorhandenen Schwierigkeiten erblickt, **und daß, falls nicht etwa neue Zwischenfälle eintreten, die Aufnahme Deutschlands am Freitag oder Sonnabend dieser Woche erfolgen kann.**

Chamberlain bekehrt?

London, 9. März.

Chamberlains erster Bericht aus Genf ist hier eingetroffen.

Der Genfer Sonderkorrespondent des „Evening Standard" berichtet jetzt, **daß Chamberlain nun entschlossen sein soll, seinen ganzen Einfluß für die alleinige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und Völkerbundsrat geltend zu machen.** Ferner behauptet der Korrespondent, daß die Ansprüche Spaniens und Brasiliens auf eine gleichzeitige Aufnahme mit Deutschland in den Völkerbund angeblich weniger entschieden geltend gemacht werden.

Die Opposition der Schweiz

In einer Darlegung des schweizerischen Standpunkts zur Frage der Ratserweiterung betont das „Journal de Génève" nochmals, **daß die Schweizer Delegation sich einer Erweiterung widersetzen würde, die über die Zuteilung eines ständigen Ratssitzes an Deutschland hinausgehen würde.** Der schweizerische Delegierte, Bundesrat Motta, müßte, wenn die Frage vor die Versammlung kommen würde, seine auf der Völkerbundsversammlung 1923 geäußerten Bedenken in noch nachdrücklicherer Form als damals wiederholen und aufrechterhalten.

Spaniens unwürdige Drohpolitik

London, 9. März.

Der „Manchester Guardian" schreibt zu den Drohungen Spaniens, aus dem Völkerbund auszutreten, falls es nicht zum ständigen Mitglied des Völkerbundsrats gemacht werde: **„Wenn dieses wirklich die offizielle Politik Spaniens sei, so gibt es keinen besseren Beweis dafür, daß Spanien als ständiges Mitglied des Völkerbundes unwürdig ist.** Ein Land, das nicht die Entscheidung des Völkerbundes annehmen könne, wenn dieser seinem Willen entgegen sei, sei nicht dazu geeignet, über die Ansprüche und Wünsche anderer Staaten zu entscheiden."

Es riecht nach Falschgeld

Beihlen wird in Genf geschnitten

In der Vormittagssitzung der Finanzkommission ereignete sich ein interessanter Vorgang. Die Kommission sollte zu dem Bericht Stellung nehmen, den der Völkerbundskommissar Smith über die letzten drei Monate der ungarischen Finanzpolitik vorgelegt hatte. Da allgemein angenommen worden war, daß bei dieser Gelegenheit auch die ungarische Francsfälscheraffäre auf die Tagesordnung gebracht würde, konzentrierte sich heute vormittag ein besonderes Interesse auf diese Sitzung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand. An der Sitzung nahmen teil: Chamberlain, Loucheur, Benesch, Scialoja, Titulescu (Rumänien), ebenso der südslawische Vertreter. **Als die anderen Mitglieder bereits versammelt waren, trat Beihlen ein. Keiner der Herren begrüßte ihn oder reichte ihm die Hand.** Chamberlain unterhielt sich äußerst eifrig mit Loucheur. Beihlen war verlegen. Es entstand eine peinliche Situation. Beihlen wurde gefragt, ob er etwas zu dem Bericht hinzuzufügen habe. Er war so aufgeregt, daß er die Frage im ersten Augenblick nicht verstand. Dann sagte er nein. Es bleibt also alles beim alten mit der ungarischen Finanzkontrolle.

Von ungarischer Seite wird diese Darstellung der Vorgänge widersprochen.

Die Prüfung des deutschen Gesuchs

Einsetzung eines Unterausschusses

Genf, 9. März.

Die erste Kommission der Völkerbundsversammlung, deren Aufgabe die Behandlung des Eintrittsgesuchs Deutschlands ist, trat heute nachmittag zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Nach kurzer, vertraulicher Beratung wurde die Oeffentlichkeit hergestellt. Der Vorsitzende Chamberlain schlug die Wahl eines Unterausschusses vor, in dem die Vertreter folgender Staaten sitzen sollen: Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Cuba, Norwegen, Griechenland, Bulgarien, Freistaat Irland und Jugoslawien. Außerdem gehören der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende Louden (Holland) gleichzeitig dem Unterausschuß an. Die Vorschläge werden genehmigt, und der Ausschuß trat sogleich zu einer vertraulichen Sitzung zusammen.

Briand wieder Ministerpräsident

Donnerstag wahrscheinlich Rückkehr nach Genf

Paris, 9. März.

Briand wurde um 4 Uhr in das Elysée berufen und hat die Bildung der Regierung übernommen. Der Präsident Doumergue hatte zuerst den Versuch gemacht, Herriot für das Amt des Ministerpräsidenten zu gewinnen. Als Herriot das Elysée verließ, erklärte er, daß er die ehrenvolle Aufgabe abgelehnt habe, nicht weil er die Verantwortung scheue, sondern weil er der Ueberzeugung sei, daß unter den gegebenen Verhältnissen Briand allein die Leitung der politischen Geschäfte fortführen könne. Briand müsse selbst nach Genf zurückkehren, um dort die Interessen Frankreichs zu verteidigen. Er brauche dazu die volle Autorität, die ihm nur das Amt des Ministerpräsidenten geben könne.

Doumergue ließ sofort Briand um seinen Besuch bitten. Briand verließ das Elysée um 4,30 Uhr. Er antwortete auf die Frage der Journalisten: „Der Präsident der Republik hat mir die Ehre erwiesen, mich mit der Bildung des Kabinetts zu beauftragen. Ich habe ihm geantwortet, daß ich im Prinzip dazu bereit sei, diese Aufgabe zu versuchen, weil ich nicht das Recht habe, sie unter den gegebenen Verhältnissen abzulehnen. Ich werde meine endgültige Antwort abends geben." Briand fügte hinzu, daß er gegen 9 Uhr wieder im Elysée sein würde. In der Umgebung Briands wird gesagt, daß er hoffe, spätestens morgen früh das Kabinett gebildet zu haben. Er würde in diesem Falle am Mittwoch nach Genf zurückreisen.

Es wird allgemein damit gerechnet, daß die Regierung bald zustande kommt. **Aber Briand hat noch einmal erklärt, daß er im günstigsten Falle erst am Donnerstag wieder in Genf sein könne.**

*

Die Sozialisten der Kammer beraten über die Haltung, die sie der künftigen Regierung gegenüber einnehmen werden. Zwei Anschauungen sind vorläufig zu erkennen. Léon Blum ist dafür, die Regierung zu unterstützen, wenn ihre Maßnahmen dem sozialistischen Programm nicht widersprechen. Renaudel formuliert seine Ansicht etwas weniger eng. Er erklärte: „Jedes Kartellministerium muß von den Sozialisten unterstützt werden. Jedes Ministerium der Konzentration wird von uns bekämpft werden."

Gegen den „dummen Rekruten". Das französische Kriegsministerium hat kürzlich den Unterrichtsminister davon in Kenntnis gesetzt, daß unter den ausgehobenen Rekruten ein sehr großer Teil festgestellt worden sei, dessen Bildungsgrad zu wünschen übrig lasse. Auf Vorschlag des Unterrichtsministers sollen nun Vertreter dieses Ministeriums gemeinsam mit dem Generalstab die Maßnahmen prüfen, die geeignet sind, den Bildungsgrad der Rekruten durch Kurse zu heben.

Schnelldienst

Einer Nachricht aus Beirut zufolge haben die Konsuln in Damaskus (Syrien) ihren Landsleuten den Rat gegeben, abzureisen.

Der Hauptausschuß des preußischen Landtags begann am Dienstag die Vorberatung des Haushalts der Landwirtschaftsverwaltung.

Gestern nachmittag traf in Genf eine Delegation des Saargebiets ein, der Geheimrat Roechling, Schmelzer und Levacher angehören.

In Paris wurde eine Propagandagesellschaft zur Einführung des Gebrauchs der französischen Sprache in Elsaß und Lothringen gebildet.

Zwischen der Regierung von Guatemala und der dortigen deutschen Gesandtschaft ist ein Handelsabkommen unterzeichnet worden.

Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel wird demnächst eine große Vortragsreise nach den Vereinigten Staaten von Amerika unternehmen.

Die Zahl der Erwerbslosen in England hat in der letzten Woche um 18 600 Personen abgenommen. (Funkspruch.)

Plakatpolitik beim Volksbegehren

Warum keine Einheitlichkeit?

Erfreulicherweise wirken die Versuche der Rechtsparteien, das Volksbegehren zu sabotieren oder die Eintzeichnung zu erschweren, nach der entgegengesetzten Seite, nämlich anfeuernd auf weite Volkskreise, nun erst recht die Eintzeichnung in die Listen zu vollziehen — trotz aller Unbequemlichkeiten! Die Empörung über die offenen Gesetzesverletzungen ist im Wachsen. Man kann nur allen Wahlberechtigten raten, gegen Erschwerungen und Unrechtmäßigkeiten sofort zu protestieren. Die Gemeindevorsteher müssen die Listen auslegen und die Eintzeichnungstermine bekanntgegeben. Von den Behörden muß verlangt werden, daß sie nicht nur allgemeine Anweisungen von oben herab ergehen lassen, sondern auch nachkontrollieren, ob sie ausgeführt werden, und im verneinenden Falle sofort Remedur schaffen. Das Volksbegehren ist eine Verfassungseinrichtung, genau wie die Reichstagswahl; wer sich ihm widersetzt oder es auch nur erschwert, verdient nicht Staatsdiener zu sein. Der Inhalt eines Volksbegehrens geht keinen Beamten etwas an, er kann für seine Person dagegen stimmen oder fernbleiben; aber daß es formal richtig durchgeführt wird, dafür hat er unter allen Umständen zu sorgen.

In Berlin werden ebenfalls Klagen laut über mangelhafte Bekanntmachung der Einschreibungslokale und der dazu gehörigen Straßen. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich schon damit befaßt. Es sind dringend einige Verbesserungen nötig. So sind zum Beispiel die Plakatierungen an den Säulen zum Teil sehr mangelhaft. Während das Bezirksamt Prenzlauer Berg sehr richtig auf dem Plakat angegeben hat, welche Straßen zu dem und dem Einschreibungslokal gehören — wie bei der Reichstagswahl — ist die Bekanntmachung des Bezirksamts Mitte äußerst unvollkommen. Keine einzige Straße wird genannt, lediglich kurz die Abstimmungsbezirke mit Buchstaben und Nummern, die in die Hunderte gehen. Tausende von Leuten können daraus nicht klug werden. Denn die wenigsten haben jene Nummern, die „ihre" sind, im Kopf und besitzen auch keine Dokumente, um sie daraus zu ersehen. Unbedingt müssen in einer Großstadt alle zu einem Abstimmungslokal gehörigen Straßen angegeben werden. Was „Prenzlauer Berg" kann, muß „Mitte" auch können. Wie ist es überhaupt möglich, daß in Berlin ein Bezirk anders plakatieren kann als der andere? Fehlt es da irgendwo am guten Willen? Zum mindestens muß es an einer einheitlichen Anweisung der Zentralstelle im Magistrat fehlen. Nur eine Zentralanweisung des zuständigen, aber jetzt beurlaubten Stadtrats Dr. Richter wurde bekannt, und die war ungesetzlich. Es sollte den Vertretern der Parteien keine Auskunft über den Fortgang der Einschreibungen gegeben werden — während der Reichsinnenminister das Gegenteil bestimmte.

Das geht aber nicht. Wir müssen verlangen, daß solche Mängel schleunigst beseitigt werden und daß vor allem ein Bezirksamt genau so einwandfrei bekannt macht wie das andere. Wenn es schon „draußen" und zum Teil dicht vor den Toren Berlins schlimm steht — so soll zum Beispiel in Königswusterhausen nicht zu ersehen sein, wo einzuschreiben ist —, die Reichshauptstadt darf sich nicht den Vorwurf machen lassen, daß die Ausübung eines Staatsbürgerrechts auch nur durch formale Mängel erschwert wird.

*

Die falsche Adresse

Wie in Sachen des Volksbegehrens von seiten eines großen Teiles der Kirche gearbeitet wird, zeigt folgender Fall aus Grumbach, über den, einem Telegramm aus Stuttgart zufolge, die „Schwäbische Tagwacht" berichtet. Letzten Sonntag legte der Pfarrer in seiner Predigt der Gemeinde ans Herz, nicht gegen eine Abfindung der Fürsten zu sein; sie solle an den Spruch denken: Du sollst dich nicht lassen gelüsten nach deines Nächsten Geld und Gut usw. Am Schluß hat er noch die Fürsten ins Kirchengebet eingeschlossen.